

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (15. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Rainer Steenblock, Hans-Josef Fell, Sylvia Kotting-Uhl, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 16/7286 -

Den Ostseeraum zur Modellregion für regionale Kooperation ausbauen und den Baltic Sea Action Plan zum Baustein einer Europäischen Meerespolitik weiterentwickeln

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, gemeinsam mit den HELCOM-Partnern die Umsetzung und Weiterentwicklung des Baltic Sea Action Plans voranzutreiben; sich dafür einsetzen, den Baltic Sea Action Plan zu einem rechtlich verbindlichen politischen Instrument auf der Basis des Ökosystemansatzes weiterzuentwickeln und ihn mit überprüfbaren Maßnahmen, Zielen, Zwischenzielen und Zeitplänen zu versehen; sich dafür einzusetzen, dass für die Auswirkungen der Fischerei, der Landwirtschaft und des Schiffsverkehrs sowie für den Umgang mit Munitionsaltlasten, Unterwasserlärm u. a. im Baltic Sea Action Plan konkrete Qualitätsziele und Zwischenziele, Zeitpläne und Maßnahmen entwickelt werden; sich dafür einsetzen, den Baltic Sea Action Plan zum Baustein einer Europäischen Meerespolitik weiterzuentwickeln, ihn als regionales Pilotvorhaben im Rahmen der EU-Meeresstrategie-Richtlinie zu verankern und für die EU-Mitgliedstaaten verbindlich im Sinne der Meeresstrategie-Richtlinie zu machen; sich dafür einzusetzen, dass die Gemeinsame Agrarpolitik und die Gemeinsame Fischereipolitik der EU in der EU-Meerespolitik angemessen berücksichtigt werden, sich dafür einzusetzen, dass auf Ebene der EU konkrete und überprüfbare Maßnahmen und Ziele in der Euro-Mediterranen Partnerschaft und im Barcelona-Prozess verankert werden; sich dafür einzusetzen, dass regionale Maßnahmen für mehr Meeresschutz in die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, wie auch in künftige Assoziations- und Beitrittsverhandlungen, implementiert werden; bei allen Abkommen und Kooperationen Russland frühzeitig in Planungen und Durchführungen einzubeziehen; sich dafür einzusetzen, dass konkrete und überprüfbare Maßnahmen und Ziele zum Meeresschutz in die Verhandlungen über das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen der EU mit Russland aufgenommen werden; sich für eine Modellregion Ostseeraum einzusetzen, in der auf der Grundlage der Praxiserfahrungen mit dem Baltic Sea Action Plan Best-Practice-Modelle für weitere regionale Kooperationen entwickelt werden; regionale Abkommen und Kooperationen für die neuen Nachbarregionen der EU in das neue Instrument der EU-Nachbarschaftspolitik (ENPI) einzubeziehen, die Region um das Schwarze Meer auf die Agenda regionaler Pilotprojekte der

Nachbarschaftspolitik zu setzen; sich für ein strategisches Konzept für das Schwarze Meer einzusetzen, das die regional unterschiedlichen Verschmutzungsgrade angemessen berücksichtigt, und dabei die von der BSEC ratifizierten multilateralen Abkommen und praktischen Erfahrungen der Zusammenarbeit zu nutzen; im Rahmen der Zentralasienstrategie der EU die regionale Kooperation mit den Anrainern des Kaspischen Meeres zu stärken; sich für ein strategisches Konzept für das Kaspische Meer einzusetzen, das die regional unterschiedlichen Verschmutzungsgrade angemessen berücksichtigt, und dabei auch die Kooperation mit der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Shanghai Cooperation Organization (SCO) zu suchen; sich unter Berücksichtigung der Belange des Natur- und Meeresschutzes für die stärkere Nutzung erneuerbarer Energien an den Küsten sowie Offshore einzusetzen und neben der Offshore-Windenergie auch die verschiedenen Formen der Meeresenergien unter Berücksichtigung der Belange des Natur- und Meeresschutzes breit zu nutzen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

elektronische Vorab-Fassung

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 16/7286 abzulehnen.

Berlin, den 13. Februar 2008

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Dr. Klaus W. Lippold
Vorsitzender

Gero Storjohann
Berichtersteller

elektronische Vorab-Fassung*

Bericht des Abgeordneten Gero Storjohann

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/7286** in seiner 133. Sitzung am 13. Dezember 2007 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Auswärtigen Ausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Tourismus und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag beinhaltet vor allem die Forderung, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, gemeinsam mit den HELCOM-Partnern die Umsetzung und Weiterentwicklung des Baltic Sea Action Plans voranzutreiben; sich dafür einsetzen, den Baltic Sea Action Plan zu einem rechtlich verbindlichen politischen Instrument auf der Basis des Ökosystemansatzes weiterzuentwickeln und ihn mit überprüfbaren Maßnahmen, Zielen, Zwischenzielen und Zeitplänen zu versehen; sich dafür einzusetzen, dass für die Auswirkungen der Fischerei, der Landwirtschaft und des Schiffsverkehrs sowie für den Umgang mit Munitionsaltlasten, Unterwasserlärm u. a. im Baltic Sea Action Plan konkrete Qualitätsziele und Zwischenziele, Zeitpläne und Maßnahmen entwickelt werden; sich dafür einsetzen, den Baltic Sea Action Plan zum Baustein einer Europäischen Meerespolitik weiterzuentwickeln, ihn als regionales Pilotvorhaben im Rahmen der EU-Meeresstrategie-Richtlinie zu verankern und für die EU-Mitgliedstaaten verbindlich im Sinne der Meeresstrategie-Richtlinie zu machen; sich dafür einzusetzen, dass die Gemeinsame Agrarpolitik und die Gemeinsame Fischereipolitik der EU in der EU-Meerespolitik angemessen berücksichtigt

werden, sich dafür einzusetzen, dass auf Ebene der EU konkrete und überprüfbare Maßnahmen und Ziele in der Euro-Mediterranen Partnerschaft und im Barcelona-Prozess verankert werden; sich dafür einzusetzen, dass regionale Maßnahmen für mehr Meeresschutz in die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, wie auch in künftige Assoziations- und Beitrittsverhandlungen, implementiert werden; bei allen Abkommen und Kooperationen Russland frühzeitig in Planungen und Durchführungen einzubeziehen; sich dafür einzusetzen, dass konkrete und überprüfbare Maßnahmen und Ziele zum Meeresschutz in die Verhandlungen über das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen der EU mit Russland aufgenommen werden; sich für eine Modellregion Ostseeraum einzusetzen, in der auf der Grundlage der Praxiserfahrungen mit dem Baltic Sea Action Plan Best-Practice-Modelle für weitere regionale Kooperationen entwickelt werden; regionale Abkommen und Kooperationen für die neuen Nachbarregionen der EU in das neue Instrument der EU-Nachbarschaftspolitik (ENPI) einzubeziehen, die Region um das Schwarze Meer auf die Agenda regionaler Pilotprojekte der Nachbarschaftspolitik zu setzen; sich für ein strategisches Konzept für das Schwarze Meer einzusetzen, das die regional unterschiedlichen Verschmutzungsgrade angemessen berücksichtigt, und dabei die von der BSEC ratifizierten multilateralen Abkommen und praktischen Erfahrungen der Zusammenarbeit zu nutzen; im Rahmen der Zentralasienstrategie der EU die regionale Kooperation mit den Anrainern des Kaspischen Meeres zu stärken; sich für ein strategisches Konzept für das Kaspische Meer einzusetzen, das die regional unterschiedlichen Verschmutzungsgrade angemessen berücksichtigt, und dabei auch die Kooperation mit der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Shanghai Co-

operation Organization (SCO) zu suchen; sich unter Berücksichtigung der Belange des Natur- und Meeresschutzes für die stärkere Nutzung erneuerbarer Energien an den Küsten sowie Offshore einzusetzen und neben der Offshore-Windenergie auch die verschiedenen Formen der Meeresenergien unter Berücksichtigung der Belange des Natur- und Meeresschutzes breit zu nutzen.

III. Stellungnahmen des mitberatenden Ausschusses

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 16/7286 in seiner 55. Sitzung am 16. Januar 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 53. Sitzung am 16. Januar 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat den Antrag in seiner 65. Sitzung am 16. Januar 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 52. Sitzung am 16. Januar 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag in seiner 48. Sitzung am 16. Januar 2008

beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag in seiner 48. Sitzung am 16. Januar 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat den Antrag in seiner 55. Sitzung am 13. Februar 2008 beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** stellte fest, eine Vielzahl der Maßnahmen, welche in dem Antrag gefordert würden, seien auf der Basis des europäischen Rechts für die Mitgliedsstaaten bereits verpflichtend. Vieles von dem, was in dem Antrag gefordert werde, werde zudem ohnehin umgesetzt. Daher halte man den Antrag nicht für zielführend.

Die **Fraktion der SPD** betonte, es sei wichtig, die Diskussion über die in dem Antrag angesprochenen Themen zu führen. Das Netzwerk, welches es in Bezug auf die Ostsee gebe, habe sicher eine Vorbildfunktion für andere Regionen. Es sei aber historisch gewachsen und lasse sich nicht einfach durch einen Antrag schaffen. Sie danke der Bundesregierung, dass sie sich bei der Kooperation im Bereich der Ostsee sehr engagiert habe und sie dabei viel erreicht habe.

Die **Fraktion Die LINKE.** erklärte, sie sehe es als sinnvolle Ergänzung der in der Beratung befindlichen Meeresschutzrichtlinie an, den Baltic Sea Action Plan zu einem zentralen Baustein der europäischen Meerespolitik weiterzuentwickeln. Wenn es gelinge, die

Ostsee zu einer Modellregion für den Meeresschutz zu machen, könne sich daraus eine Vorbildfunktion für andere Regionen ergeben.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** hob die Bedeutung der Meere als Instrumente regionaler Kooperation hervor. Menschen einander näher zu bringen, Konflikte zu vermeiden und Konfliktlösungsmechanismen zu entwickeln, durch ein Regime welches Umwelt, Verkehr und Infrastruktur fördere, sei Ziel ihres Antrags. Man wolle mit dem Antrag aber auch einen Anstoß geben, über die dort aufgeworfenen Fragen nachzudenken.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/7286 abzulehnen.

Berlin, den 13. Februar 2008

Gero Storjohann
Berichterstatter

elektronische Vorab-Fassung*